

Antrag

der Abgeordneten Norbert Kleinwächter, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Dr. Michael Ependiller, Martin Reichardt, Dr. Heiko Heßenkemper, Marc Bernhard, Petr Bystron, Siegbert Droese, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Martin Hebner, Karsten Hilse, Dr. Bruno Hollnagel, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Volker Münz, Christop Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Dr. Robby Schlund, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Attraktivität des Erasmus-Programmes sichern – Großbritannien und die Schweiz als Programmländer erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nachdem die Schweiz das Erasmus-Programm 2014/2015 verließ, würde in Kürze der Verbund der Partnerländer infolge des Brexits ein weiteres wichtiges Land verlieren, welches bislang für die Attraktivität von Erasmus eine wichtige Rolle spielt.

Die geplante Verdreifachung der Erasmus+-Mittel im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 (www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190321_IPR32121/erasmus-2021-2027-erweiterung-des-eu-austauschprogramms) ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Auch die im Europäischen Rat beschlossene Erhöhung der Teilnehmerzahlen von Personengruppen, die für Kurzaufenthalte ins europäische Ausland gehen (Ratsdokument 14797/18), ist nicht realistisch. Eine Ausweitung der Personengruppen weit über die eigentliche, in den Bologna-Vereinbarungen definierte Kerngruppe der Studenten hinaus ist keine Lösung, da die ursprüngliche Zielsetzung des Erasmus-Programmes, im Sinne des Bologna-Vertrages die Studententmobilität zu entwickeln, vernachlässigt wird. Eine solche Maßnahme könnte über die abnehmende Attraktivität des Programmes aufgrund des Wegfalls wichtiger Partnerländer nicht hinwegtäuschen.

Eine Regelung für die Beibehaltung des Status Großbritanniens als Programmland nach dem Brexit in der neuen Haushaltsperiode 2021 bis 2027 ist bislang nicht getroffen worden. Die Fortsetzung der Mitgliedschaft wird von Seiten der EU an Austrittsbedingungen gekoppelt, über die keine Einigung besteht. Ein Verbleib Großbritanniens im Erasmus-Programm nach dem Ende der laufenden Haushaltsperiode der EU ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklung daher unwahrscheinlich. In der neuen Haushaltsperiode wird die Finanzierung des Programms nach dem jetzigen

Stand der Verhandlungen ohne Großbritannien geleistet werden müssen. Die Schweiz ist als Geldgeber schon 2014/2015 ausgeschieden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich im Europäischen Rat für Verhandlungen mit Großbritannien und der Schweiz einzusetzen, welche den Verbleib beziehungsweise die Wiederaufnahme dieser Länder als Programmländer im Erasmus+-Programm garantieren, und vom Erfolg dieser Verhandlungen die Zustimmung zur Erhöhung der Erasmus+-Mittel im neuen EU-Haushalt abhängig zu machen.

Berlin, den 1. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Aus Sicht der Antragsteller ist eine Ausweitung des Programmes nach dem Ausscheiden des wichtigen Programmlandes Großbritanniens nicht begründbar. Einerseits wird nunmehr die Finanzierungslast auf weniger Geberländer verteilt, andererseits nimmt die Attraktivität des Programmes für die Zielgruppe ambitionierter mobiler Studenten signifikant ab. Mit dem Ausscheiden der Schweiz, welcher infolge eines Dissenses mit der EU hinsichtlich des Personenfreizügigkeitsabkommens im Kontext der „Masseneinwanderungsinitiative“ 2014/15 der Status eines Programmlandes entzogen wurde, hat die ungünstige Entwicklung begonnen. Mit dem Brexit ist nach dem Ablauf der Programmperiode von Erasmus+ im Jahr 2020 nunmehr eine beträchtliche Verringerung des Mobilitätsumfanges zu erwarten. Im Jahr 2016 nahmen noch 4995 Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft an Programmen mit Großbritannien teil. Das sind 13,3 Prozent aller geförderten Erasmus-Teilnehmer (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, Drucksache 19/8102). 67 Prozent der Teilnehmer waren Studenten.

Der ursprüngliche Gedanke, die Begeisterung junger Menschen für Europa zu stärken, verliert an Gewicht, wenn ein so wichtiges europäisches Land wie Großbritannien in dem Verbund der Programmteilnehmer nicht mehr vertreten ist. Auch das Ziel der Bologna-Deklaration, einen international konkurrenzfähigen Hochschulraum zu schaffen (Bologna-Deklaration vom 19. Juni 1999, www.bmbf.de/files/bologna_deu.pdf), gerät aus dem Blick, wenn die international bedeutendsten europäischen Hochschulen Großbritanniens und der Schweiz nicht im Verbund gehalten werden. Die Umleitung der Mobilitätsströme in andere Länder, wie etwa in das Nicht-EU-Mitglied Türkei, ist Ausdruck einer neuen Mobilitätsstrategie, die sich „Masse statt Klasse“ auf die Fahnen schreibt und die ursprünglichen europäischen Ziele aufgibt. Zielführend wäre vielmehr ein politischer Rahmen, der die Attraktivität von Erasmus für die Gruppe ambitionierter Studenten im Blick behält. Die politische Initiative muss dabei von der EU ausgehen, da vor allem die EU-Länder von einer Partnerschaft mit den hochentwickelten Hochschulräumen Großbritanniens und der Schweiz profitieren.